

## **Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Gemeinderat zum Haushaltsplan der Stadt Walldorf für das Jahr 2018 :**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr geehrte Frau Staab,

Werte Kolleginnen und Kollegen,

jedes Jahr wird in Walldorf ein Haushaltsplan aufgestellt, diskutiert und dann verabschiedet. Der Haushalt unserer Stadt ist zweifelsohne eine Rarität, denn welche Gemeinde unserer Größenordnung kann solche Zahlen vorweisen.

Es ist auch nichts Neues, das der Haushalt der Stadt Walldorf hohe Ausgaben im Bereich der Umweltausgaben aufweist. Wir Grüne wollen dabei nicht verhehlen, dass diese Ausgaben zum großen Teil Ursache unseres politischen Handelns und Wirkens sind. Ich werde noch näher darauf eingehen.

Das Wirtschaften, Haushalten auch etwas mit Verantwortung zu tun hat, mit Verantwortung für die Generationen nach uns, war und ist ebenfalls ein Antrieb politischen Handelns für uns Grüne. Für das Jahr 2018 liegt uns in Walldorf ein Haushaltsplan vor, der wie so oft in unserer Republik wohl einmalig sein dürfte. Wir planen mit einem Haushaltsvolumen von 221 Mio Euro, die Deckung unsere Ausgaben benötigt keine Entnahme aus der Rücklage und haben dann immer noch eine Liquidität von 362 Mio Euro zum Jahresende, wenn man die Umlagen abzieht, die in Zukunft zu zahlen sind, bleiben immer noch weit über 200 Mio Euro.

### **Ziele für die Zukunft - Ideen sind gefragt!**

Wir haben in Walldorf bisher noch keine strategischen Ziele festgelegt, wie man es eigentlich bei der Aufstellung eines doppischen Haushaltes tun sollte. Wenn man dies mit dem Haushalt des Rhein-Neckar-Kreises vergleicht, ist das sehr seltsam, denn dort ist die Festlegung von strategischen Zielen ein Schwerpunkt. Ziele, die KGSt, die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, sagt dazu:

**Ziele und Kennzahlen sollen zur Grundlage der Gestaltung von Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des jährlichen Haushalts gemacht werden. In jedem Teilhaushalt sollen die Produktgruppen, die wesentlichen Produkte, die Ziele und Kennzahlen dargestellt bzw. in einer Übersicht jedem Teilhaushalt beigelegt werden.**

Seit 2014 haben wir jetzt schon einen doppischen Haushalt, aber nach wie vor fehlen elementare Grundsätze dieser Haushaltsführung.

Zielentwicklung und -operationalisierung sind nicht immer einfach, zumal mit der Präzisierung der Ziele und Überwachung der Zielerreichung nicht nur verwaltungsintern, sondern bei entsprechender Aufmerksamkeit auch im kommunalpolitischen Raum Erfolge und Bedeutung zugewiesen oder Verfehlungen „skandalisiert“ werden können. Dem

Erarbeitungsprozess und der Aussagekraft der Ziele kommt daher nicht nur eine technische Bedeutung zu. Kommunale Erfahrungen zeigen: Ziele (und Kennzahlen) dürfen nicht isoliert für den Haushalt formuliert werden, der Zusammenhang von strategischen und operativen Zielen ist herzustellen, methodische Unterstützung im Erarbeitungsprozess ist dringend erforderlich.

Was ebenfalls fehlt ist eine Eröffnungsbilanz. Sie ist wichtig, weil in ihr die Vermögenswerte einer Stadt beziffert werden, die ja dann in einem Haushalt nach dem **Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) den jährlichen Ressourcenverbrauch beziffern sollen und zu ersetzen sind.**

Für eine in dieser Weise veränderte Verwaltungssteuerung stellt das herkömmliche, das früher übliche kamerale Haushalts- und Rechnungswesen mit einer zahlungsorientierten Darstellung die erforderlichen Informationen über den Ressourcenverbrauch und das Ressourcenaufkommen nur unzureichend dar. Der Hauptgrund zur Einführung der Doppik war, das Ziel des Ressourcenverbrauchskonzepts, auch den nicht zahlungswirksamen Verbrauch einer Kommune, wie den Werteverlust kommunalen Vermögens oder die zukünftigen Verbindlichkeiten aus den Versorgungsansprüchen ihrer Beamten, **vollständig zu erwirtschaften.** Jede Generation soll die von ihr verbrauchten Ressourcen durch Entgelte und Abgaben ersetzen, so dass künftige Generationen damit nicht belastet werden.

Hier hat die Verwaltung noch einiges an Arbeit zu leisten und wir hoffen, dass diese Hausaufgaben endlich gemacht werden! Und weiteres Hinhalten, wie in der Vorlage zum Finanzausschuss am 04. Juli 2017 geschehen, ich zitiere daraus:

*„ Die **Jahresrechnung 2016** wird die **dritte nach NKHR** sein. Voraussetzung für den vollständigen Abschluss der Jahresrechnung ist die Eröffnungsbilanz. Diese ist nach diversen Abstimmungen mit Prüfungsbehörden und den Betriebswirtschaftlern der Hochschulen fertiggestellt, und soll nach der Sommerpause im Finanzausschuss vorgestellt und in der Folge vom Gemeinderat beschlossen werden. „*

werden wir nicht mehr dulden. Machen Sie endlich das, wozu sie gewählt worden sind, Frau Staab, sonst müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern sagen, dass sie Ihren Job und ihre Verwaltung nicht im Griff haben. Gerade auch unter der Ankündigung einer erneuten Kandidatur.

Beginnen wir mit einem Thema, das uns immer mehr umtreiben wird, mich schon mein langes politisches Leben umtreibt und auch umtreiben sollte, ja muss.

### **Sozialpolitik**

Unsere Gesellschaft muss sozialer werden. „Sogar Angela Merkel wird nachgesagt, sie sei sozialdemokratisch, nehme Themen ab, aber sind tatsächlich Vorstellungen zur Selbstverständlichkeit geworden, die das Thema Soziales nachhaltig untermauern? Wachstum, Gleichheit, Arbeit, Vernunft, Staat, Internationalismus.“ Angesichts der Globalisierung ist der soziale Fortschritt nun leider „ein Thema von gestern“.

Die Stimmung der 1960er Jahre förderte soziale Themen in der Regierung, in den 1970ern modernisierten Sozialdemokraten den Kapitalismus: Sie reformierten das Familienrecht, humanisierten die Psychiatrie, demokratisierten das Bildungswesen, setzten etwas mehr Mitbestimmung durch, bauten die sozialen Dienste aus

Doch mitten in den 70ern begann die Konjunktur zu kippen, der Ölpreis stieg, weltweit wurden die Banker von der Leine gelassen, und die Grenzen des Wachstums tauchten am Horizont auf. Die Zeit des sozialen Schönwetterkonsenses war vorbei. In Deutschland stürzte die FDP den Kanzler Schmidt, nachdem der wirtschaftsliberale Graf Lambsdorff einen Leitfaden zur nationalkapitalistischen Aufrüstung der sozialen Marktwirtschaft für die anstehenden Schlachten auf den Weltmärkten geschrieben hatte: Zählung der Gewerkschaften, Lohnzurückhaltung, Steuersenkungen und „Selbstverantwortung“ - ein Katalog, den die Kohl-Kabinette in den folgenden Jahrzehnten diskret abarbeiteten.

Ab 1989 und vor allem nach dem Fall der Mauer hieß es, „eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft“ sei nötig. Einen Monat nach dem Fall der Mauer war das ein Anachronismus, es folgte ein weiteres Jahrzehnt Deregulierung und Verschlinkung des Sozialstaats.

Mit uns Grünen gab es dann eine Wiederherstellung des Sozialstaats, eine ökologische Modernisierung und eine neue, gerechte Weltwirtschaftsordnung. Alles war intellektuell konsensfähig, aber selbst Theoretiker hatten kein Konzept, wie in einer globalisierten Weltwirtschaft Sozialpolitik effektiv umgesetzt werden könnte, und mit einer stärkeren Belastung der wohlhabenden Mittelschichten ließen sich keine Wahlen gewinnen. „Sie werden bluten müssen“, hatte unser Grünen-Chef Joschka Fischer noch 1997 gesagt - der Satz wurde schnell vergessen.

## **Hartz IV und die Koalition der Alternativlosigkeit**

So gab es zwei Wahlkampfarenen: Kanzler Schröder versprach, „nicht alles anders, aber vieles besser zu machen“, und richtete seinen Wahlkampf auf die neue Mitte aus.

Eine „gewaltige Umverteilung von oben nach unten“, verkündete damals Schröders Generalsekretär Olaf Scholz, sei nun abgeschlossen, „demokratischer Sozialismus“ ein Anachronismus. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement befand, wachsende Ungleichheit sei ein „Katalysator für individuelle und gesellschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten“. Mit Hartz IV und dem „größten Steuersenkungsprogramm der Nachkriegsgeschichte“ stagnierten die Löhne und stiegen die Gewinne; damals verlor die SPD die Hälfte ihrer Wähler und 250.000 Mitglieder und die Grünen, leider, leider, ihre soziale Glaubwürdigkeit

Im Bundestag sitzen nun vier miteinander koalitionsfähige Parteien, die für soziale Sicherheit, ökologische Nachhaltigkeit, Lebensqualität und europäische Integration eintreten - aber im Kleingedruckten ihrer Programmschriften steht: alles in den

Grenzen der Wachstumserfordernisse, der Förderung der Exportindustrie, der Schonung der Mittelschicht - eine „90-prozentige gesellschaftliche Großmitte“ -

Haben wir wirklich gewählt - oder gewürfelt? So fragte Niklas Luhmann schon 1994, nach der letzten Kohl-Wahl, und entwarf im Gedankenspiel eine Parteienordnung für die Zeit nach dem Ende des Traums von der immerwährenden Prosperität. Eigentlich müsste sich einerseits „eine Partei für Industrie und Arbeit bilden“, deren Aufgabe es sei, die Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Markt zu sichern. Eine solche Partei sei nur „als große Koalition denkbar - ob nun in der Form einer gemeinsamen Regierung oder in der Form von aufgezwungenen Verständigungen“. Also das, was wir seit der Jahrhundertwende haben.

Daraus folge, so Luhmann, die Frage nach den „Möglichkeiten einer politischen Opposition gegen ein solches Regime“. Die nämlich sei nötig, denn es gebe Sorgen genug, „solche, die in den neuen sozialen Bewegungen zum Ausdruck kommen, Sorgen um Technikfolgen, hier muss man die Digitalisierung ansprechen oder ökologische Probleme oder Sorgen, die mit Migrationsproblemen, mit zunehmender Gewaltbereitschaft, mit Ghettobildung in den Städten zu tun haben“. Es gehöre nicht viel Fantasie dazu, sich vorzustellen, „dass diese Probleme in absehbarer Zukunft an Dringlichkeit zunehmen werden“, und zwar in einer Größenordnung, gegen die alle Interessenkonflikte der bürgerlichen Epoche trivial seien, und mit der uns „fundamentalistische Strömungen verschiedenster Herkunft ins Haus stehen“.

Luhmann sah die Notwendigkeit von „organisatorisch gefestigten Parteien“, die ihre Politik an der Blaupause einer, wenn schon nicht postkapitalistischen, so doch zukunftsfähigen Gesellschaft ausrichtet. Er war pessimistisch, ob es so etwas geben könnte: „Wenn es uns weiterhin so gut gehen wird wie bisher“, werde aus diesem Ansatz wohl kaum Parteien entstehen, „die in der Lage wären, ein Alternativprogramm zu entwickeln, das das gesamte Spektrum der jeweils notwendigen politischen Entscheidungen abdecken könnte“. Die Polarisierung zwischen einer großen Koalition der Weitermacher und Wachstumsfetischisten und einer Partei der die Zukunft gestaltenden Vernunft war ein Gedanke.

Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind Erderwärmung, Automatisierung, Internetmonopole, Digitalisierung, Migration, Pflegenotstand, Europazerfall, Verteilungsunrecht, hier gilt es Lösungen zu denken und politisch zu handeln.

Was brauchen wir für die Zukunft: noch bessere Schulen, noch bessere Pflege, bezahlbare Mieten und die dazugehörigen Wohnungen, Zahnersatz für alle. Und weiter und widersprüchlich: Ausbau der Fernbusnetze, aber auch der Bahn und der Radwege, konventionelle und biologische Landwirtschaft, tierfreundliche Massentierhaltung. Aber auch ein liberales, tolerantes Asylrecht auf deutschem und auch auf europäischem Boden - bei gleichzeitiger Einrichtung von Beratungsstellen entlang der Fluchtrouten, um den Flüchtenden „Alternativen aufzuzeigen“.

Es gibt keine tragfähigen Konzepte der etablierten Parteien. Während in Davos der Kapitalismus infrage gestellt wurde und die CDU nach links rückte, während mehr als die Hälfte der unter 30-Jährigen glaubt, dass der Kapitalismus die Welt zugrunde richtet, während Sahra Wagenknecht und Heiner Geißler die Gemeinsamkeiten von christlicher Soziallehre und Sozialismus beschworen und die Krisenbotschaften sich überschlugen, wurde vieles langsam schlimmer.

Forderungen nach 3 Prozent mehr Spitzensteuersatz, zwei Jahre weniger arbeiten, 2 Euro mehr Mindestlohn: weiter unten spürt man das. Aber wenn nicht alles trügt, haben die meisten Bürger zumindest eine Ahnung davon, dass wir am Beginn einer neuen Epoche leben, dass die alten Strukturen nicht mehr tragen, die fetten Jahre vorbei sind. Dieser Ahnung Wort zu geben, wäre der erste Schritt aus der angstbesetzten Erstarrung und der gedankendürren Alternativlosigkeit.

### **Es fehlt die politische Speerspitze**

„In der Wahrheit leben“, so nannte der Dissident Václav Havel im verrottenden Sowjetsystem die Verpflichtung von Politikern. In der Wahrheit leben, das heißt heute: die Erkenntnis aussprechen, dass alle finanziellen Dopingspritzen (weltweit inzwischen 12 Billionen Dollar) keine neue Wachstumswelle zurückbringen, dass es ebenso teuer wird, die „Fluchtursachen an ihrem Ursprung“ zu bekämpfen wie das Mittelmeer militärisch dicht zu machen, dass „grüner Kapitalismus“ ein Widerspruch in sich ist, die Klimakatastrophe nicht mit Verschmutzungszertifikaten verhindert wird und dass einschneidende Veränderungen unserer Lebensweise und unserer Wohlstandserwartungen anstehen - und das nicht nur bei dem einen Prozent.

In der Wahrheit leben: Parteien, die sich solchermaßen intellektuell ehrlich machten, hätten wohl nicht erst auf mittlere Sicht Erfolg. Denn unsere Gesellschaft ist an humanitären, ökologischen, sozialen Initiativen, an genossenschaftlichen Experimenten und postkapitalistischen Enklaven ebenso reich wie an innovativen Energieingenieuren, erfolgreichen Ökobauern, Bildungsreformern und konzeptioneller Intelligenz. Aber all diesen Aufbrüchen fehlt eine Umsetzung in der Realpolitik, es fehlt eine politische Speerspitze. Genau das wäre die Aufgabe einer wirklich modernen Sozialpolitik: diese Aufbruchenergien zu bündeln und politisch zuzuspitzen. Ziele zu definieren, die allen einleuchten, die auch nur einen Funken Interesse an Zukunft haben. Die „unten“ erkämpften Freiräume durch Gesetze und Institutionen abzusichern und so die Grundlagen für eine postkapitalistische Gesellschaft zu legen.

Man muss sehr viele Regeln und Institutionen ändern, wenn das europäische Zivilisationsmodell - nach Bourdieu so unwahrscheinlich und kostbar wie Kant, Mozart oder Beethoven - noch eine Zukunft haben soll. Soziales im 21. Jahrhundert: Das hieße, langfristige gesellschaftliche Projekte zu propagieren, die auf absehbare Notlagen nicht mit kleinen Korrekturen reagieren und damit die alten Strukturen am Leben erhalten, sondern neue Institutionen zu entwerfen, die das gesellschaftliche Gewebe verändern - im Interesse der vielen, wenn nicht der meisten Bürger.

Studien schätzen, dass in den nächsten Jahrzehnten zwischen 30 und 50 Prozent der Arbeitsplätze wegautomatisierbar werden. Der kapitalistischen Logik überlassen, wird das die Gesellschaften immer weiter in Höchstleister und Überflüssige polarisieren. Aber eine radikale Verkürzung der Normalarbeitszeit und eine Bildungsrevolution, die für die notwendigen Qualifikationen sorgt, könnte eine der ältesten Forderungen der Arbeiterbewegung und des aufgeklärten Liberalismus möglich machen: eine Dreizeitgesellschaft, mit guter Arbeit für alle und mehr Zeit für Familie und soziales Engagement. Fortschritt besteht schließlich nicht nur darin, falsche Ideen vom Sockel zu stoßen, sondern auch, zu Unrecht gestürzte wieder draufzustellen.

## **Öffentliche Aufgaben für alle**

Die Versorgung einer steigenden Zahl von Pflegebedürftigen, Dementen und Psychotikern kollidiert mit der Menschenwürde, wenn Krankenhäuser und Pflegeheime rentabel sein müssen. Die Pflege muss der Gewinnorientierung entzogen und zur öffentlichen Aufgabe werden. Dezentrale kommunale Einrichtungen in den Städten, in den Wohnvierteln wären nicht nur menschlicher, sondern wahrscheinlich sogar billiger als Pflegesilos am Stadtrand. Und warum sollte eine Gesellschaft, deren Zusammenhalt schwindet, nicht über ein anständig bezahltes allgemeines Sozialjahr für Jugendliche nachdenken - nicht nur für die Pflege, sondern für alle sozialen, kulturellen und pädagogischen Gemeinschaftsaufgaben, als letztes Schuljahr gleichsam, Praktikum zur Berufsfindung und Einübung in Gesellschaftlichkeit - auch wenn das gegen alle liberalen Impfungen verstößt.

Das Privateigentum am (nach Kant) öffentlichen Gut Boden hat zu Spekulation, unbezahlbaren Mieten und sozialen Wüsten in den Städten und zur Zerstörung bäuerlicher Existenzen auf dem Land geführt. Die Privatisierung von Sozialwohnungen wie die von Elektrizität und Wasser muss schnell verboten, Bodenpreise, Pachtzins und Mieten gedeckelt werden. Eine angstfreie Renaissance des Wörtchens Volkseigentum könnte solche, vermeintlich radikalen Forderungen begleiten.

Das Thema Bildung haben wir weggelassen, da wir hier in Walldorf geradezu paradiesische Zustände haben. Ein kleiner Hinweis auf die Größenordnungen: Mit einer 0,5-prozentigen Steuer auf Vermögen könnte die Zahl der Lehrer auf das Niveau von Finnland oder Luxemburg gebracht werden.

Mietbremse, Konzentrationskontrolle, kommunaler Wohnungsbau, Bodenrechtsreform, Agrarwende, Bildungsexpansion - es wären systemüberwindende Reformen, die den Raum der öffentlichen Güter und der Daseinsfürsorge erweitern und alles, was ein gutes Leben sichert, dem Markt entziehen würden. Ein investierender, aktiver Staat wäre die epochale Antwort auf eine Wirtschaft, deren Dynamik das Leben der Einzelnen zunehmend unsicher macht und die Grundlagen des Wohlstands zerstört.

## Der Zukunftsstaat

Den Zukunftsstaat schaffen, war eine Parole der alten Sozialdemokratie zu Beginn des 20. Jahrhunderts, und nicht irgendwelche Spinner, sondern Parlamentarier wie August Bebel haben diese Vision sehr konkret dargestellt, als motivierenden Horizont ihres täglichen Handelns und Hinweis auf ein Ziel, das nicht in soundso vielen Legislaturperioden erreicht werden kann. Zukunftsstaat - das ist ein Wort, das auch heute wieder verheißungsvoll klingen könnte, denn wenn nicht alles täuscht, hat die „Verunglimpfung des öffentlichen Sektors“ (Paul Krugman, amerikanische Ökonom) an Popularität verloren, und die Idee, dass „Staat eine Kraft des Guten“ sei (Thomas Friedman), gewinnt an Boden.

Zukunftsstaat - das heißt heute natürlich: mehr Europa. Ohne europäische Steuergesetze werden Google, Amazon, Facebook und Apple weiterhin von Steuerdumping profitieren. Ohne europäische Beschäftigungsinitiativen wird die Jugendarbeitslosigkeit ein Dauerzustand werden. Ohne eine Europäisierung von Arbeitsrecht und Sozialpolitik werden alle nationalen Reformen an Grenzen stoßen.

### Bleibt die Frage nach dem Personal

Bleibt noch die Frage am Ende aller Debatten: Warum sind viele so resigniert und politikmüde? Warum erobern nicht die 18- bis 35-Jährigen diesen immer noch intakten Apparat? Dafür gibt es viele Gründe und alle paar Monate eine neue soziologische Deutung: Der Wohlstand hat uns mit Konsumindividualismus imprägniert; die Singularitätsgesellschaft verhindert Solidarität; die Abstiegsgesellschaft zerreibt die Motivation; Institutionen mit Mitgliedschaft und Verbindlichkeit sind den Kindern der Erlebnisgesellschaft nicht cool genug; die Gier der Mittelschicht ist märchenhaft; die Medien der Aufmerksamkeitsgesellschaft zerstreuen die Wut. Außerdem geht es den meisten immer noch besser als anderswo, und wenn es bei den Jungen finanziell klemmt, helfen die Eltern mit dem Erbe der fetten Jahre.

So viel zum subjektiven Faktor. All das spielt eine Rolle. Aber darunter liegt ein harter Grund für das anhaltende Einverständnis mit unhaltbaren und unmoralischen Zuständen. Insgeheim wissen doch alle: Die Herstellung von mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft wäre eine Herkulesaufgabe, aber eine lächerlich kleine Anstrengung verglichen mit einer Bearbeitung der globalen Probleme. Die reale Klimaerwärmung, die nur von Idioten geleugnet wird, die Armutsvölkerwanderungen, die Verwüstung der Restnatur, die Gewalt, die aus Armut und Unterdrückung kommt - all das wäre nur zu verhindern oder auch nur zu lindern, wenn wir im Westen unsere „imperiale Lebensweise“ radikal ändern, und das heißt, trotz aller Beschönigungen über „grünes Wachstum“: Verzicht.

Offenbar aber hält die parlamentarische Klasse ein Leben ohne easyjet, Nackensteaks für 2,99, Verbrauchstextilien, frisches Obst im Winter und alle Jahre neue Smartphones nicht für mehrheitsfähig. Das ist nichts anderes als Elitenversagen: eine

zynische Unterschätzung der intellektuellen und der moralischen Ressourcen derjenigen, die hart arbeiten und wissen, dass wir neue Regeln brauchen.

Sozial zu sein im 21. Jahrhundert: Das wäre der Versuch, die Erfahrung zu widerlegen, dass Institutionen und Mentalitäten sich nur nach Katastrophen oder Kriegen umbauen lassen. Dagegen allerdings steht Bertolt Brechts fatalistische Einsicht, dass Umwälzungen nur in Sackgassen stattfinden

## **Klimaschutz in Walldorf**

### **Jedes Haus ist eine Tankstelle oder Jedes Haus ist ein Kraftwerk**

Die Bundesregierung hat sich verpflichtet bis zum Jahre 2050 die Treibhausgasemissionen um 90 % zu senken. Dies bedingt, dass in den Sektoren Wohnen, Verkehr, Gewerbe und Industrie große Einsparungen erzielt werden müssen und der Restenergiebedarf hauptsächlich mit Sonnen- und Windenergie bereitgestellt wird.

### **Kann dies in einem Industrieland überhaupt gelingen?**

Auf jeden Fall bekennen sich alle politischen Parteien, außer der AfD, dazu, die in Paris formulierten Klimaschutzziele erreichen zu wollen. Dort hat man im Jahre 2015 vereinbart durch entsprechende Maßnahmen nur noch eine zusätzliche Erderwärmung von zwei Grad zuzulassen.

Diese Begrenzung ist notwendig, damit nicht große Teile unserer Erde durch Überflutungen unbewohnbar werden. Weltweit gibt es Anstrengungen dieses 2 Grad-Ziel zu erreichen.

Große Erfolge wurden in Deutschland auf dem Sektor Stromerzeugung bereits gemacht. Im Jahre 2017 kommt unser Strom schon fast zu 40 % aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse.

Doch es regt sich auch Widerstand gegen klimaschützende Maßnahmen, mit oftmals nicht nachvollziehbaren Argumenten. Zwei Beispiele möchten wir hier nennen: Die Anlagen für Windenergie, die einen reden von der Verspargelung der Landschaft durch Windkraftwerke, andere wollen durch entsprechende Satzungen rote Ziegeldächer vor Fotovoltaikanlagen schützen, wie es in Walldorf vorgesehen ist.

Doch zuerst sollten wir einmal über ein Energie- und Klimaschutzkonzept, auch für ein Altstadtquartier, diskutieren.

Denn in Walldorf weiß man schon was Klimaschutzpunkte bringt. Es gibt bereits über 100 Passivhauswohneinheiten. Und über 300 Fotovoltaikanlagen. Ein beachtenswerter Anfang ist also gemacht.

Die Grünen im Gemeinderat von Walldorf haben mit ihren Anträgen zum Klimaschutz dazu beigetragen, dass solche Projekte ins Laufen kommen, dass die regenerative

Energieerzeugung diese Quantität überhaupt erreicht hat.

Im Walldorfer Neubaugebiet kann bereits an Einzelgebäuden demonstriert werden, dass mit der Kombination Passivhaus, Wärmepumpe, Fotovoltaikanlage und Speicher Autarkiegrade von 80 % erzielt werden können. In Zukunft werden Elektroautos solche Häuser auch als Tankstelle nutzen.

Für uns und einen effektiven, ernst gemeinten Klimaschutz ist es notwendig, ganze Quartiere, ganze Stadtteile, mit hohen Autarkiegraden zu konzipieren. Künftig soll und muss nach dem Motto gebaut und renoviert werden:

**Jedes Haus ist ein Kraftwerk. Jedes Haus ist eine Tankstelle.**

Wir erwarten, dass unsere Stadtwerke diese Aufgabe in ihr Dienstleistungsportfolio aufnimmt, dass sie dieses Thema zu einem ordentlichen Geschäftsmodell entwickelt. Unser strategischer Partner, die MVV kann und soll dazu ihr technisches und organisatorisches Know-how zur Verfügung stellen.

### **Mobilität und Verkehr**

#### **Verkehr verkehrt verkehrt!**

Das Verkehrsproblem in Walldorf hat sicher viele Ursachen und wer die Entwicklung hier in Walldorf mit offenen Augen verfolgt, dem muss vor der Zukunft angst und bange werden.

Wir werden bald 16 000 Einwohner haben, aber auch bald weit über 20000 Arbeitsplätze, Frau Staab hat es beim Neujahrsempfang den BürgerINNen schon mitgeteilt. Da reicht es aber nicht, werte Frau Bürgermeisterin, wenn sie Ihre Forderung nach einem zweispurigen Ausbau der L 723 gebetsmühlenartig wiederholen. Eine vernünftige Lösung und Kanalisierung dieser Massen an Menschen geht nicht im MIV, dazu braucht es alternative Konzepte, dazu müssen Gespräche geführt werden mit dem größten Arbeitgeber vor Ort. Die Verantwortlichen bei der SAP müssen umdenken, dürfen die Flotte der Fahrzeuge ihrer Mitarbeiter nicht unbeschränkt erhöhen - hier sind Konzepte für den Bahn- und Busverkehr, für eine enorme >Angebotssteigerung im ÖPNV notwendig.

Wir hoffen, dass es endlich auch mit dem Thema Nachhaltige Mobilität vorangeht.

Meine Damen und Herren, bei der nachhaltigen Mobilität zeigt sich nämlich: aufgeschoben ist auch aufgehoben - und zwar über Jahre - bei manchen Maßnahmen sogar über Jahrzehnte.

Es gab schon viele Lippenbekenntnisse, z.B. zur Umsetzung des Radverkehrskonzepts, das aber nicht weiter verfolgt wird, deshalb gibt es dazu einen Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen.

## **Fahrradfahren in Walldorf**

Der Anteil des Fahrradverkehrs steigt in vielen Städten. Bund, Länder Kreise und Gemeinden legen Konzepte zur Förderung des Fahrradverkehrs vor. Das Radverkehrskonzept von Walldorf stammt aus dem Jahre 2007. Wir beantragen deshalb dieses Radverkehrskonzept fortzuschreiben.

Beginnen sollte dieses Konzept mit einer Schwachstellenanalyse. Auf dieser Grundlage sollen dann die Belange von Radfahrern, Fußgängern, Rollator- und Kinderrollerbenutzern Berücksichtigung finden.

## **Innerstädtisches Radwegenetz**

Man sieht in Walldorf im Moment viele Radfahrer, doch fällt dem aufmerksameren Beobachter auf, dass vor allem ältere Menschen und Kleinkinder immer weniger mit dem Fahrrad unterwegs sind. Nach unserer Meinung liegt dies daran, dass für diese Bevölkerungsgruppen das Fahren auf den Hauptverkehrsstraßen zu gefährlich ist.

Beim Individual-Verkehr fristet das Radwegenetz in Walldorf ein Schattendasein.

Heute geht es nicht um Einzelmaßnahmen, vielmehr fordern wir ein innerstädtisches Radwegekonzept durch ein externes Planungsbüro zeitnah erstellen zu lassen. Wir wissen, dass wir mit dieser Forderung bei Ihnen Frau Bürgermeisterin auf offene Ohren stoßen, denn bereits in Ihrem Wahlkampf vor acht Jahren, haben Sie ein "holländisches" Modell für den Walldorfer Radverkehr gefordert. Auch wenn wir bis heute nicht ganz verstanden haben, was Sie damit meinten, so sollte es doch unser gemeinsames Anliegen sein, ein stringentes, durchdachtes Walldorfer Radwegenetz auf den Weg zu bringen. In den vergangenen Jahren haben die Walldorfer erkannt, dass viele Radwege-Schilder alleine noch kein schlüssiges Konzept darstellen.

Von einem attraktiven Radwegenetz sind wir weit entfernt. Laut einer VCD Untersuchung braucht man jährlich 25 € pro Einwohner um guten Radverkehr zu schaffen wir geben gerade mal 1 € pro Einwohner aus,

Auch bei weiteren Maßnahmen z.B. Förderung von Car-Sharing, wie lange hat es gedauert, bis unser Antrag vor einigen Jahren umgesetzt wurde, immer wieder wurde es von uns angesprochen. E-Mobilität usw. usf. herrscht fast schon Stillstand, während andere Städte die Wichtigkeit der Themen erkannt haben.

Zum Thema Verkehr und Mobilität werden im Jahr 2018 weitere Anträge von uns folgen:

- Radverkehrskonzept, schon erwähnt
- Bei Neubeschaffung oder Leasing städtischer Fahrzeuge soll Elektroantrieb genutzt werden, heute wird schon ein Antrag von uns diskutiert, der dies auch für Töchter der Stadt zum Inhalt hat
- Car-Sharing muss bevorzugt und schneller ausgebaut werden

- Pedelecs für den Dienstbetrieb (evtl. bei Bedarf auch Lasten-Pedelecs) sollen angeschafft werden
- Weiter sollen im Haushalt Finanzmittel eingeplant werden für die Entwicklung einer Walldorf-App mit dem Motto „Schnelle Füße - kurze Wege“, in welcher die Ziele und Möglichkeiten fußläufiger Strecken besonders hervorgehoben werden.
- Barrierefreiheit im Stadtgebiet muss überprüft und wenn nötig geschaffen werden
- Ein Masterplan Mobilität, der die Voraussetzungen schafft, den Autoverkehr in unserer Stadt zu reduzieren, um 10 -20 %

### **Sozialer Wohnungsbau - Wohnen ist ein Menschenrecht**

Der Einstieg in den sozialen Wohnungsbau durch die Stadt Walldorf ist erfolgt und er muss kontinuierlich weitergehen. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und des kommunalen und genossenschaftlichen Wohneigentums ist ein notwendiges und wirksames Mittel die Mietpreise stabil zu halten und einer Verdrängung/ Gentrifizierung Alteingesessener aus ihren Lebensumfeld entgegen zu wirken.

Für Gutverdiener, die sich auf unseren letzten teuren, bebaubaren Flächen Häuser bauen können, sind wir nicht primär verantwortlich, Wir müssen für diejenigen investieren, die kein dickes Einkommen und kein Firmenauto haben, die auf kostengünstigen Wohnraum angewiesen sind. Wir haben für den Facharbeiter, die alleinerziehende Verkäuferin, die Erzieherin zu sorgen und Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die Wohnbedürfnisse dieser Menschen sind in Zukunft stärker zu berücksichtigen.

### **Schlussbemerkung**

Die finanziell einmalige Situation hier in Walldorf sollte für alle politisch Handelnden eine Verpflichtung sein, nachhaltig Dinge in unserem Gemeinwesen zu gestalten, die lange Bestand haben und die noch von den folgenden Generationen nicht als Belastung, sondern als positive Leistungen gewürdigt werden.

Wir schließen uns zum Schluss den Dankesworten der Vorredner an und bedanken uns ganz besonders bei allen ehrenamtlich Tätigen in unserer Gemeinde für die geleistete Arbeit, ohne die unser nachbarschaftliches Gefüge nicht funktionieren würde und bei den Steuer- und Gebührenzählern, die uns die politische Arbeit in der beschriebenen Form und mit den erwähnten Finanzmitteln erst ermöglichen.

Wir stimmen den Beschlussvorlagen zum Haushalt 2018 zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!